

Varieties of Capitalism, Regulationstheorie und neogramscianische IPÖ – komplementäre oder gegensätzliche Perspektiven des globalisierten Kapitalismus?

Bieling, Hans-Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bieling, H.-J. (2011). *Varieties of Capitalism, Regulationstheorie und neogramscianische IPÖ – komplementäre oder gegensätzliche Perspektiven des globalisierten Kapitalismus?* (ZÖSS Discussion Paper, 23). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-367139>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Hans-Jürgen Bieling

**Varieties of Capitalism,
Regulationstheorie und
neogramscianische IPÖ –
komplementäre oder
gegensätzliche Perspektiven
des globalisierten Kapitalismus?**

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers

ISSN 1868-4947/23

Discussion Papers

Hamburg 2011

**Varieties of Capitalism, Regulationstheorie
und neogramscianische IPÖ –
komplementäre oder gegensätzliche
Perspektiven des globalisierten
Kapitalismus?**

Hans-Jürgen Bieling

Discussion Paper
ISSN 1868-4947/23
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
Februar 2011

Impressum:

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de
Fachbereich Sozialökonomie
Universität Hamburg – Fakultät WISO
Welckerstr. 8
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:
<http://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/zoess/publikationen/>

Abstract:

Die im Titel aufgeführten Theorie- und Analyseraster haben seit den 1980er Jahren die Komparative und Internationale Politische Ökonomie maßgeblich geprägt. Gleichwohl sind die jeweiligen Stärken und Schwächen der verschiedenen Ansätze bislang kaum systematisch vergleichend diskutiert worden. Das Papier versteht sich als ein Beitrag dazu, den Zustand der Nicht-Kommunikation aufzubrechen, indem die verschiedenen Theoriestränge wechselseitig aufeinander bezogen werden. Es wird argumentiert, dass die jeweiligen Ansätze grundsätzlich durch konkurrierende, zum Teil sogar gegensätzliche ontologische, epistemologische und normative Perspektiven gekennzeichnet sind. Dennoch kann es sinnvoll sein, wenn sich die konkurrierenden Theorien durch die konzeptionellen Überlegungen und empirischen Erkenntnisse der anderen Ansätze nicht nur irritieren lassen, sondern auch versuchen, die „fremden“ Einsichten innerhalb des eigenen Analyserasters zu reinterpretieren. Wie dies erfolgen könnte, wird in diesem Papier vornehmlich aus der Perspektive der neogramscianischen IPÖ erläutert.

1. Einleitung

Seit einiger Zeit wird in der wissenschaftlichen – und auch politischen – Diskussion das Wort „Kapitalismus“ recht unverkrampft in den Mund genommen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Sie liegen zum Teil in der Entwicklung des Gegenstandsbereichs der internationalen politischen Ökonomie und der wachsenden Aufmerksamkeit, die in der öffentlichen Debatte den sog. „Heuschrecken“, überhöhten Profiterwartungen, der Gier der Manager, den Prozessen der sozialen Polarisierung und Prekarisierung oder auch den Implikationen der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise geschenkt wird. Zum Teil ist der unverkrampfte Umgang mit dem Kapitalismus-Begriff aber auch darauf zurückzuführen, dass mit ihm nicht mehr automatisch eine gesellschafts- und systemkritische, so z.B. marxistische Analyseperspektive – in Verbindung mit einem sozialistischen Wirtschaftsprogramm – assoziiert wird. In den letzten Jahren haben sich viele, die vom Kapitalismus gesprochen haben, denn auch – mehr oder minder explizit – auf den Varieties of Capitalism“-Ansatz (VoC) bezogen (vgl. Hall/Soskice 2001a), d.h. auf eine Analyseperspektive, die nicht a priori als kapitalismuskritisch einzustufen ist, sondern die die Existenz unterschiedlicher nationaler Kapitalismusmodelle als grundsätzlich gegeben, wenngleich auch als institutionell und regulativ gestaltbar ansieht, sofern hierdurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomie nicht beeinträchtigt wird. Es wäre jedoch verkürzt, die auflebende Kapitalismus-Diskussion auf diesen spezifischen Ansatz zu beschränken. Schon zuvor hatten sich in den 1980er Jahren mit der französischen Regulationstheorie (zum Überblick vgl. Hübner 1989) und der neogramscianischen IPÖ (vgl. Bieling/Deppe 1996a; Bieler/Morton 2006) zwei weitere kapitalismustheoretische Konzeptionen profiliert, die in der Tradition der Kritik der politischen Ökonomie stehend explizit den kapitalistischen Charakter der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse hervorheben.

Die normativen Aspekte und politischen Implikationen der jeweiligen Analyseperspektive sind für die Rezeption in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion keineswegs irrelevant. Sie werden hier jedoch weitgehend vernachlässigt. Im Zentrum der Betrachtung stehen demzufolge das epistemologische Selbstverständnis, also die erkenntnisleitenden Interessen und Methoden der unterschiedlichen Ansätze, darüber hinaus aber vor allem die spezifischen ontologischen Annahmen über die Beschaffenheit kapitalistischer Verhältnisse, d.h. deren Grundlagen, bestimmende Reproduktionsmuster oder internen Widersprüche und Konflikte. In diesem Papier wird davon ausgegangen, dass die ontologischen Differenzen die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Kapitalismustheorien bislang erschwert haben. Grundsätzlich eröffnet jedoch gerade die ontologische Dimension der Theoriebildung

aufgrund der mit ihr verbundenen „empirischen Bodenhaftung“ die Möglichkeit, die verschiedenen Ansätze miteinander ins Gespräch zu bringen.

Nachfolgend sollen vor allem die zentralen Annahmen, Überlegungen und analytischen Konzeptionen diskutiert werden, mit denen die erwähnten Theorien die unterschiedlichen – nationalen, internationalen und transnationalen – Aspekte des globalisierten Kapitalismus zu erfassen versuchen. Dabei geht es zum einen um die Stärken und Schwächen der unterschiedlichen theoretischen Perspektiven, zum anderen aber auch um mögliche Wege, die jeweiligen Schwächen durch die Erweiterung, Einbeziehung und Reformulierung der anderen Ansätze aufzufangen oder sogar auszuräumen. Den Ausgangspunkt bildet die knappe Darstellung und kritische Auseinandersetzung mit dem VoC-Ansatz (2). Danach wird erläutert, dass die französische Regulationsschule ebenfalls primär der Vergleichenden Politischen Ökonomie zuzuordnen ist, aufgrund der doppelten Vergleichsperspektive – im Raum wie in der historischen Zeit – jedoch umfassender und politökonomisch wie soziologisch dynamischer angelegt ist (3). Einige der verbleibenden Defizite, so der letzte Argumentationsschritt, können dann mit Hilfe der neogramscianischen IPÖ, die als Theorie der Genese und Reproduktion transnationaler, tendenziell globaler Hegemonialstrukturen durch einen sehr umfassenden Analysehorizont gekennzeichnet ist, ausgeräumt, zumindest abgeschwächt werden (4). Sie kann einerseits dazu beitragen, die Defizite und Grenzen der komparativen politökonomischen Ansätze – so z.B. die statische Perspektive, den methodologischen Nationalismus und die Geringschätzung transnationaler Prozesse – zu überwinden; andererseits kann die neogramscianische IPÖ aber auch selbst durch die konzeptionellen Überlegungen und empirischen Untersuchungen der Vergleichenden Politischen Ökonomie, also des VoC-Ansatzes oder der Regulationstheorie, intern weiter differenziert werden. Das Papier endet mit einem kurzen Resümee und einem Ausblick auf die Notwendigkeit einer staatstheoretischen Erweiterung der Diskussion (5).

2. Der „Varieties of Capitalism“-Ansatz als Fixpunkt der jüngeren Kapitalismusdiskussion

Der VoC-Ansatz thematisiert vor allem den Sachverhalt, dass sich ungeachtet der Globalisierung nach wie vor unterschiedliche nationale Kapitalismusmodelle reproduzieren. Die Ursprünge dieser „Modelle“ reichen bis weit in die Vergangenheit zurück. Ihre zentralen Merkmale waren maßgeblich durch den Zeitpunkt und Verlauf der Industrialisierung und die diese begleitenden politisch-institutionellen Konflikte geprägt (vgl. Fulcher 2007: 83ff). So überrascht es denn auch nicht, dass sich bereits in früheren Zeiten spezifische analytische Konzeptionen der Vergleichenden Politischen Ökonomie entwickelt haben. Wie in Überblicksartikeln häufig dargelegt (vgl. Lütz 2006: 27ff; Deeg 2006: 58ff), kann die VoC-Diskussion jedenfalls auf eine reichhaltige und anregende Vorgeschichte zurückblicken: so z.B. auf Andrew Shonfields (1965) bahnbrechendes Werk „Modern Capitalism“, in dem herausgearbeitet wird, dass der US-amerikanische, britische, deutsche, französische und schwedische Kapitalismus durch jeweils spezifische nationale Stile der wirtschaftspolitischen Intervention gekennzeichnet sind; auf John Zysmans (1983) Studie „Governments, Markets, and Growth“, in der mit dem „state-led capitalism“, dem „market-led capitalism“ und dem „negotiated“ bzw. „managed capitalism“ drei idealtypische Modelle unterschieden werden¹; auf Michael Porters (1990) Untersuchung „The Competitive Advantage of Nations“, in der die unterschiedlichen institutionellen Gestaltungs- und Innovationspotenziale als ein wesentlicher Faktor einer verbesserten internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Industrie-Clustern und ganzen

¹ Einige Zeit später knüpft Vivien A. Schmidt (2002) mit ihrer Untersuchung zur Entwicklung des deutschen, französischen und britischen Entwicklungsmodells im Kontext der europäischen Integration zumindest begrifflich an diese Unterscheidung an.

Volkswirtschaften analysiert werden; oder auf das breit rezipierte das Buch von Michel Albert (1992) mit dem Titel „Kapitalismus contra Kapitalismus“, in dem die jeweiligen Vor- und Nachteile des sog. „rheinischen“ und „neo-amerikanischen“ Kapitalismusmodells diskutiert worden sind.

Die Liste ließe sich noch leicht um Arbeiten aus den Gebieten der institutionalistischen Managementliteratur, der Korporatismusforschung oder der vergleichenden Analyse von Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten erweitern. Letztlich war es vor allem die Untersuchung von Michel Albert, an dessen Idealtypen – d.h. dem „rheinischen“ und „neo-amerikanischen“ Kapitalismusmodell – sich der VoC-Ansatz sehr stark orientiert. Albert (1992) hatte damals argumentiert, dass der rheinische Kapitalismus, der sich auf ein konsensbasiertes Gefüge der institutionellen Kooperation und eher langfristige Unternehmensstrategien stützt, zwar sehr produktiv und leistungsfähig ist, sich perspektivisch jedoch nicht gegenüber dem stärker marktbasieren, individualistischen und durch kurzfristige Unternehmensinteressen gekennzeichneten neo-amerikanischen Kapitalismus behaupten wird. Diese zeitdiagnostische Zuspitzung, die sich noch vor kurzem bestätigt sehen konnte (vgl. Albert 2001; Bieling 2005), im Zeichen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise möglicherweise aber wieder revidiert werden muss, wird von den Initiatoren des VoC-Ansatzes nicht übernommen. Sie gehen zurückhaltender davon aus, dass Wirtschaftssysteme nicht nur auf Marktprozessen basieren, sondern grundsätzlich immer auch auf formelle und informelle institutionelle Koordinationsmechanismen angewiesen sind, die den Typus, Charakter und auch die komparative – durch spezifische Stärken und Schwächen gekennzeichnete – Leistungsfähigkeit des jeweiligen Kapitalismusmodells bestimmen.

Peter Hall und David Soskice (2001b) übernehmen zwar die grundlegende idealtypische Zweiteilung von Kapitalismusmodellen, abstrahieren dabei aber von der konkreten räumlichen Verortung der verschiedenen Varianten. Sie sprechen denn auch nicht vom rheinischen oder neo-amerikanischen Kapitalismus, sondern allgemeiner von Coordinated Market Economies (CMEs) und Liberal Market Economies (LMEs). Ähnlich wie Michel Albert gehend sie davon aus, dass in LMEs – gestützt durch eine individualistische Kultur, schwache Gewerkschaften und begrenzte Instrumente der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung und Intervention – die Firmenhierarchien sehr ausgeprägt sind und ansonsten marktvermittelte Allokations- und Wettbewerbsprozesse dominieren. Im Unterschied hierzu werden in den CMEs die Firmenhierarchien und auch die Reichweite der Marktbeziehungen insofern relativiert, als andere ökonomische Steuerungs- und Koordinierungsmechanismen – politische Verhandlungssysteme, Netzwerke oder staatliche Interventions- und Umverteilungsinstrumente – das wirtschaftliche Geschehen sehr viel stärker mitbestimmen.

Im Kern handelt es sich beim VoC-Ansatz, so Hall und Soskice (2001b: 6), in zweifacher Hinsicht um eine firmenzentrierte Perspektive: Zum einen wird der politökonomische Wandel maßgeblich als das Produkt betrieblicher Investitions-, Innovations- und Modernisierungskonzepte betrachtet; und zum anderen wird das Set spezifischer institutioneller Arrangements vornehmlich mit Blick auf eben diese betrieblichen Entwicklungspotenziale analysiert. Dies unterstreichen auch die fünf Bereiche, die aus der Sicht des VoC-Ansatzes die Spezifik der nationalen Kapitalismusmodelle und deren komparative Leistungsfähigkeit in besonderem Maße bestimmen (vgl. Hall/Soskice 2001b: 7):

- Zunächst ist der Bereich der industriellen Beziehungen zu nennen. Dieser kann durch zentralisierte bzw. neo-korporatistische Verhandlungssysteme wie in den CMEs oder aber durch eine dezentralisierte, vornehmlich betriebliche Aushandlung der Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen wie in den LMEs gekennzeichnet sein. In bei-

den Verhandlungssystemen stellt sich die Verknüpfung zwischen den Arbeitseinkommen, der Produktivitätsentwicklung und der Profitabilität der Unternehmen unterschiedlich dar.

- Auch der Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung kann durch verschiedene, unterschiedlich reglementierte institutionelle Arrangements geprägt sein. In den CMEs haben die staatlich – oft unter Mitwirkung der Gewerkschaften – definierten und damit überbetrieblichen, mithin transferierbaren Qualifikationselemente zumeist eine größere Bedeutung, indessen in den LMEs vielfach die spezifisch betrieblichen Qualifikationsaspekte dominieren.
- Im Kontext der Herausbildung eines – globalen – Finanzmarktkapitalismus richtete sich die Aufmerksamkeit in den letzten Jahren verstärkt auf die Systeme der Corporate Governance, d.h. die Strukturen, Institutionen und Mechanismen der Unternehmensverfassung. Die Unternehmen in CMEs sind für gewöhnlich nicht nur durch eine starke Beteiligung der Geschäfts- und Hausbanken, sondern insgesamt durch kooperative Managementstrategien gekennzeichnet, die die Interessen unterschiedlicher Stakeholder-Gruppen, insbesondere der Belegschaften, berücksichtigen. Im Unterschied hierzu kommt in den LMEs den Wertpapiermärkten und damit den Shareholdern eine privilegierte Rolle zu, was sich auch in vornehmlich am Aktienkurs orientierten Managementkonzepten äußert.
- Einen weiteren Bereich repräsentieren die Beziehungen zwischen den Unternehmen, insbesondere zwischen den Konzernen, ihren Zulieferern und den Vertriebsfirmen. Auch hier gibt es zum Teil deutliche Unterschiede in der vertraglichen Organisation der zwischenbetrieblichen Kooperation. In den CMEs haben sich zumeist langfristige, eher vertrauensvolle und durch gemeinsame technologische Projekte geprägte Kooperationsmuster entwickelt, während in den LMEs die auf die Wertpapiermärkte hin orientierten Großkonzerne, die kleineren Zuliefer- und Vertriebsfirmen häufig über einen marktvermittelten Konkurrenzdruck disziplinieren.
- Schließlich werden auch die Beziehungen zu den eigenen Beschäftigten als ein eigenständiger Bereich bzw. ein eigenständiges Koordinationsfeld thematisiert. Für die Unternehmen stellt sich insbesondere das Problem, wie die Fähigkeiten und das Wissen der Beschäftigten durch spezifische Anreize – finanzielle Vergütungen, den beruflichen Aufstieg, die operative Mitgestaltung oder soziale Absicherung – nutzbar zu machen ist. Hierzu setzen die Firmen in den CMEs zumeist sehr stark auf Formen der kooperativen Beteiligung- und Mitgestaltung, die Unternehmen in den LMEs hingegen stärker auf monetäre Belohnungsanreize.

Die skizzierten fünf Bereiche verdeutlichen, dass der VoC-Ansatz vor allem die institutionellen Voraussetzungen und Kontextbedingungen wirtschaftlicher Prozesse thematisiert. Der Institutionenbegriff ist dabei sehr umfassend angelegt. Er umschließt im Prinzip alle, d.h. nicht nur die formellen, sondern auch die informellen Regeln, Konventionen und Praktiken der gesellschaftlichen Reproduktion. Das oftmals sehr enge Verständnis von politischer Ökonomie als das Zusammenspiel von Märkten und Staaten wird hierdurch zweifelsohne aufgebrochen und erweitert. Der analytische Blick richtet sich insbesondere darauf, wie in Ergänzung zum marktbasierten Wettbewerb sowie zur staatlichen Regulierung und Intervention auch vielfältige andere Kooperationsformen – unternehmensspezifische Organisationsstrukturen, verbandliche bzw. korporatistische Verhandlungssysteme und zivilgesellschaftliche Netzwerke – auf die nationale und internationale politische Ökonomie einwirken.

Die differenzierte Systematisierung der jeweils besonderen institutionellen Einfassung nationaler Kapitalismusmodelle setzt sich nicht zuletzt von modernisierungstheoretischen Konzeptionen ab. Gegen die Annahme eines überlegenen Entwicklungspfads oder eines „best practice“ Modells, an dem sich alle anderen Modelle mehr oder weniger zu orientieren haben, lenkt der VoC-Ansatz die Aufmerksamkeit darauf, dass die Leistungsfähigkeit einer nationalen Kapitalismusvariante vor allem durch das Zusammenspiel – die möglichst große Kohärenz – der unterschiedlichen Bereiche oder institutionellen Arrangements definiert wird. Grundsätzlich können demzufolge durchaus mehrere Modelle erfolgreich sein; und eine in einem Land als viel versprechend betrachtete „best practice“ kann sich in einem anderen Land sogar als kontraproduktiv erweisen. In diesem Sinne kann der VoC-Ansatz denn auch sehr gut die Reproduktion eines durch kohärente Ordnungselemente gekennzeichneten kapitalistischen Entwicklungspfads und die – ungeachtet aller Globalisierungsdynamiken – fortbestehende Diversität der nationalen Kapitalismusmodelle erklären. Institutionelle Pfadabhängigkeiten können in der Regel sehr gut nachgezeichnet und erläutert werden; und auch die hiermit korrespondierenden politisch-kulturellen Aspekte werden in den nationalen Modellstudien zumeist hinreichend berücksichtigt.

Doch so hilfreich und instruktiv die idealtypische Interpretationsheuristik für den politökonomischen Vergleich auf den ersten Blick auch sein mag, so deutlich treten auf den zweiten Blick einige Schwächen des VoC-Ansatzes hervor, die hier freilich nur sehr knapp und kurssorisch angesprochen werden können:

- Eine erste Schwäche besteht in einem funktionalistischen bias (vgl. Becker 2007: 268f). Dieser ergibt sich daraus, dass die unterstellte Komplementarität der verschiedenen institutionellen Ordnungselemente eines Kapitalismusmodells ex post auf das strategische Handeln gesellschaftlicher Akteure zurückgeführt wird. Die institutionellen Arrangements erscheinen demzufolge als das bewusste – gesellschaftlich vorteilhafte – Resultat sozialer Aushandlungsprozesse. Gleichzeitig geraten damit die kontingenten und nicht-intendierten Aspekte der institutionellen Entwicklung nur unzureichend in den Blick.
- Zweitens tut sich der VoC-Ansatz schwer, den gesellschaftlichen Wandel zu erfassen und zu erklären (vgl. Kang 2006: 15f). Die Diskussion hat sich zuletzt zwar verstärkt auf derartige Fragen konzentriert, gleichwohl scheinen zwei Grundprobleme evident: Zum einen kann der institutionelle Wandel, sofern er als Anpassung und Modernisierung der Unternehmen – wie auch der Politik – an veränderte Kontextbedingungen gedacht wird, eigentlich nur als exogen induzierter Prozess konzipiert werden (vgl. Hall 2006: 187ff); und zum anderen scheint der VoC-Ansatz die informellen Aspekte institutioneller Veränderungen – und damit das Phänomen der formalen Konstanz, aber des gleichzeitigen inhaltlichen Wandels – bislang zu unterschätzen.
- Drittens bleibt die Kritik an der neoklassischen Ökonomie halbherzig. Dieser wird nur vorgeworfen, dass sie die Bedeutung von Institutionen oder allgemeiner von nicht-ökonomischen Faktoren ausklammert. In der Konsequenz läuft diese Kritik aber nicht auf einen Bruch, sondern nur auf eine Modifikation der Neoklassik hinaus. Die Annahme von pareto-optimalen Konstellationen nähert zumindest die Vermutung, dass Märkte in der VoC-Diskussion nach wie vor als allokatationseffiziente Einrichtungen betrachtet werden, deren Funktionsweise sich – allerdings unter Berücksichtigung ihrer institutionellen Einbettung – gleichgewichtstheoretisch analysieren lässt.
- Für diese Lesart spricht viertens eine tendenziell rationalistische Interpretation der beteiligten Akteure. Es wäre sicherlich zu einseitig, den VoC-Ansatz durchgängig als eine harte Rational Choice Variante zu klassifizieren. Hiergegen spricht unter ande-

rem, dass Peter Hall (1993) in früheren Untersuchungen ganz explizit Ideen, Diskurse und Lernprozesse berücksichtigt hat und Diskurse in der analytischen Konzeption von Vivien Schmidt (2002) eine zentrale Rolle spielen. Von diesen Ausnahmen einmal abgesehen schenkt die VoC-Diskussion nicht-rationalen Aspekten ansonsten jedoch kaum eine Bedeutung.

- Durch die unzureichende Kritik der Neoklassik und die rationalistische Weltsicht reproduziert sich fünftens ein verkürztes Verständnis der kapitalistischen Ökonomie. Im VoC-Ansatz ist diese mehr oder minder deckungsgleich mit einem – institutionell eingebetteten – Ensemble von Marktverhältnissen. Die unternehmenszentrierte Perspektive macht es zwar unumgänglich zuweilen auch auf die Produktions- und Arbeitsorganisation einzugehen. Diese Bereiche werden jedoch kaum als soziale, durch Gegenkräfte – z.B. Gewerkschaften, NGOs oder staatliche Akteure – ebenfalls mitgestaltete Machtfelder untersucht, sondern primär als eine von Managern unter Effizienzgesichtspunkten gesteuerte Kontrollsphäre beleuchtet (vgl. Kang 2006: 11f).
- Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Tatsache, dass durch die beiden Idealtypen (LME und CME) die Varianz unterschiedlicher Kapitalismusmodelle sehr begrenzt ausfällt. Wird das Postulat der institutionellen Komplementarität und Kohärenz ernst genommen, so gibt es zwischen den beiden Idealtypen eigentlich keine weiteren Varianten, sondern nur Hybrid-Modelle, die sich aufgrund ihrer geringeren Leistungsfähigkeit – bedingt durch ihre institutionelle Inkohärenz – dauerhaft nicht behaupten können.
- Schließlich ist noch kritisch anzumerken, dass sich der VoC-Ansatz auf vergleichende Untersuchungsfragen beschränkt. Wenn von Kapitalismusmodellen die Rede ist, so handelt es sich um strikt nationalstaatliche Modelle, deren Entwicklung durch externe Prozesse – etwa die Globalisierung oder die europäische Integration – nur beeinflusst wird. Obwohl die These von der post-ricardianischen Phase der europäischen Integration darauf hinaus läuft, dass die spezifischen Vorteile unterschiedlicher nationaler institutioneller Arrangements in der EU – in der Folge eines verschärften marktliberalen Konvergenzdrucks – hinfällig werden (vgl. Höpner/Schäfer 2008), wird die methodologisch-nationalistische Analyseperspektive zumeist beibehalten. Noch gibt es jedenfalls keine ernsthaften Anstrengungen, die trans- oder supranationalen institutionellen Arrangements ihrerseits als konstitutive Elemente der jeweiligen Kapitalismusmodelle zu denken.

Die Liste der aufgeführten Kritikpunkte erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sollte aber auch nicht einfach darüber hinweg gegangen werden, dass die Kritik teilweise auch innerhalb der VoC-Diskussion thematisiert, produktiv aufgenommen, durch konzeptuelle Innovationen abgeschwächt und zurückgewiesen worden ist. So wurde der Funktionalismus-Vorwurf insofern entkräftet, als der VoC-Ansatz nur den Anspruch erhebt, durch die Effekte der institutionellen Arrangements deren aktuelle gesellschaftliche Unterstützung, nicht aber deren ursprüngliche Entstehung erklären zu wollen (vgl. Hall/Thelen 2009: 14); und auch in Bezug auf die Konzeptualisierung gesellschaftlichen und institutionellen Wandels wurde deutlich gemacht, dass durch eine größere Gewichtung von sozialen Kräfteverhältnissen, gesellschaftlichen Konflikten und informellen Institutionalisierungsaspekten manche Veränderungsdynamiken inzwischen differenzierter erfasst werden können (vgl. Hancké et al. 2007; Hall/Thelen 2009: 17ff). Sofern die Kritikpunkte jedoch grundsätzlicher Art sind – etwa die modifizierte Reproduktion gleichgewichtstheoretischer Argumentationsfiguren oder die unzureichende Berücksichtigung trans- und supranationaler Institutionalisierungsformen –, können sie im Rahmen des VoC-Ansatzes nicht ohne weiteres ausgeräumt werden. Etwas anders sieht es mit der Regulationstheorie aus. Diese lässt sich wie der VoC-Ansatz zwar ebenfalls als Ansatz der Vergleichenden Politischen Ökonomie klassifizieren, scheint aber einige der

aufgeführten Probleme nicht – oder zumindest weniger ausgeprägt – mit sich herum zu „schleppen“.

3. Die französische Regulationsschule – ein komplementär-kompetitiver Ansatz der Vergleichenden Politischen Ökonomie

Die französische Regulationstheorie ist nicht ganz so leicht wie der VoC-Ansatz konzeptuell darzustellen und zu illustrieren. Dies liegt unter anderem daran, dass sich die Forschungsinteressen ihrer Vertreter zum Teil beträchtlich unterscheiden. Einige Repräsentanten wie z.B. Robert Boyer (2005) oder Bruno Amable (2003) verfolgen im Prinzip die gleiche Frage wie der VoC-Ansatz, sind also primär – allerdings unter Berücksichtigung makroökonomischer Konstellationen – an der komparativen Leistungsfähigkeit der spezifischen nationalen Kapitalismusmodelle interessiert. In anderen regulationstheoretischen Untersuchungen – dies gilt vor allem für die frühen Arbeiten von Alain Lipietz (1992) und Michel Aglietta (2000) – spielt dieser Problemlösungs- bzw. Leistungsfähigkeitsbias hingegen eine geringere Rolle. Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse ist hier insofern anders gelagert, als sich die Aufmerksamkeit in erster Linie auf (sozio-)ökonomische Umbrüche und Krisenprozesse, auf die Artikulation gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche sowie auf die institutionell-regulative Bearbeitung dieser Aspekte konzentriert. In diesem Sinne sind viele Vertreter der Regulationstheorie insbesondere daran interessiert zu ergründen, wie und warum sich kapitalistische Gesellschaftsformationen trotz ihrer inhärenten Widersprüche und Krisenmomente bislang als vergleichsweise stabilisierungs- und wandlungsfähig erwiesen haben.

Die hierauf gefundene Antwort lautet allgemein, dass kapitalistische Formationen nicht allein durch die ökonomische Akkumulationsdynamik gekennzeichnet sind, sondern immer auch durch nicht-ökonomische – institutionell abgesicherte – Regulationsformen, deren Operationsweise nicht nur, aber auch darauf zielt, der Krisenanfälligkeit und strukturellen Instabilität der kapitalistischen Akkumulation entgegenzuwirken. Die beiden wechselseitig aufeinander bezogenen Schlüsselkategorien der Regulationstheorie sind denn auch das „Akkumulationsregime“ und die „Regulationsweise“. Das Akkumulationsregime, so die Definition von Alain Lipietz (1985: 120),

„[...] ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den veränderten Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw. ...) herstellt.“

Die Konzeption des Akkumulationsregimes berücksichtigt implizit bereits die konstitutive Bedeutung, die nicht-ökonomische, d.h. soziale, institutionelle und politische Gegebenheiten für den Prozess der kapitalistischen Reproduktion haben. All diese Aspekte sind für den Akkumulationsprozess nicht nur allgemein von grundlegender Bedeutung. Sie bilden zugleich auch ein spezifisches – institutionell stabilisiertes – Gefüge der gesellschaftlichen Regulation, im Rahmen dessen die dem kapitalistischen Verwertungsprozess eingeschriebenen Widersprüche und Konflikte bearbeitet werden. Das Konzept der Regulation ist demzufolge sehr umfassend angelegt. Es bezieht sich vor allem auf das Lohnverhältnis (Reproduktion der Arbeitskraft, soziale Sicherung, Familienbeziehungen, Schule, Lebensstile, Konsumformen und -normen), auf die Unternehmensform (Reallokation des Kapitals, die Formen der Konkurrenz und Kooperation, Formen der internen Organisation), auf die Geld- und Kreditbe-

ziehungen (Bedeutung und Operationsweise der Wertpapier-, Kredit- und Versicherungsmärkte) und umschließt dabei auch die rechtlichen, ideologischen und ökonomischen Dimensionen der Staatsintervention wie auch internationale Regime. Das Ensemble all dieser Aspekte bildet eine Regulationsweise. Diese umfasst, um nochmals mit Alain Lipietz (1985: 121) zu sprechen,

„die Gesamtheit institutioneller Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuellen Eigenschaften hinaus.“

In Ergänzung zum Akkumulationsregime und zur Regulationsweise werden von Vertretern des Regulationsansatzes zuweilen noch zwei weitere analytische Konzepte erwähnt. Bei dem einen Konzept handelt es sich um das „technologische“ oder „industrielle“ Paradigma. Dieses lenkt den Blick auf die konkreten stofflichen Dimensionen der kapitalistischen Akkumulation, nicht zuletzt auf die – durch bestimmte Schlüsseltechnologien geprägten – Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation. Die Entwicklung und Ausgestaltung der Produktions- und Arbeitsorganisation wird dabei – ähnlich wie im „Social Structure of Accumulation“-Ansatz (vgl. Scherrer 1988; Kotz 1990) – als das Produkt konkurrierender Interessen, Vorstellungen, kurzum: sozialer Konflikte und Machtbeziehungen betrachtet. Zugleich haben die Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation auch selbst gesellschaftsstrukturelle Implikationen, prägen also ihrerseits ganz maßgeblich die gesellschaftlichen Sozialstrukturen und Handlungsressourcen unterschiedlicher politischer Akteure.

Zumindest indirekt ist das „technologische“ oder „industrielle“ Paradigma auch für eine weitere analytische Konzeption, die des „hegemonialen Blocks“, bedeutsam. Die Konzeption des hegemonialen Blocks weist darauf hin, dass gleichsam in der Vermittlung zwischen dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise, oder allgemeiner formuliert: zwischen den ökonomischen und den politisch-institutionellen Dimensionen kapitalistischer Vergesellschaftung sich soziale Netzwerke, zivilgesellschaftliche Allianzen und politische Koalitionen konstituieren. Die unterschiedlichen sozio-politischen Formen lassen sich insofern mit Hilfe des Konzepts des hegemonialen Blocks fassen, als hierdurch – mit Referenz auf Überlegungen von Antonio Gramsci (vgl. Bieling 2006) – vor allem zwei Momente der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgehoben werden: zum einen der sozialstrukturell – durch soziale Klassen, Geschlechter und Ethnien – geprägte Charakter von politischen Organisationen und Netzwerken; und zum anderen die diskursiven, kulturellen oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Prozesse der Konsensgenerierung und Kompromissfindung.

Diese hegemonietheoretische Akzentuierung spielt in der regulationstheoretischen Diskussion freilich eine unterschiedlich große Rolle. Sie ist besonders auffällig in der deutschen und britischen Rezeption, die einher ging mit einer staatstheoretischen Reformulierung der zentralen analytischen Konzeptionen (vgl. Hirsch 1990; Jessop 1992). Sie prägte zum Teil aber auch die Anfänge der französischen Diskussion; zumindest insofern, als der Regulationsansatz von Beginn an darauf zielte, den Fallstricken des strukturalen Marxismus zu entkommen oder diesen politökonomisch und gesellschaftstheoretisch doch zumindest weiterzuentwickeln. Die meisten Protagonisten der Regulationstheorie verstanden sich in diesem Sinne als „rebel sons of Althusser“ (Lipietz 1987: 19), die – inspiriert durch eine erneute Gramsci-Rezeption – das Konzept der „Reproduktion“, also der permanenten materiellen wie ideologischen Wiederherstellung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, durch das Konzept der „Regulation“, d.h. einer gewissen Offenheit und Kontingenz sozialer Kämpfe und gesellschaftlicher Entwicklungen, ersetzen.

Die skizzierten analytischen Konzeptionen unterstreichen, dass die Regulationstheorie zum Teil recht ähnliche Probleme und Fragestellungen wie der VoC-Ansatz diskutiert. Dies betrifft unter anderem: das wechselseitig konstitutive Verhältnis und die Interaktionsmuster von Ökonomie, Gesellschaft und Politik; die spezifischen Muster und Pfadabhängigkeiten der kapitalistischen Entwicklung; oder auch die Triebkräfte und Verlaufsformen des gesellschaftlichen Wandels. Allgemein betrachtet gibt es zwischen dem VoC-Ansatz und der Regulationstheorie demzufolge einige Schnittfelder und Berührungspunkte. Zugleich sollten aber auch die Differenzen nicht übergangen werden. Neben der bereits erwähnten konflikt- und hegemonietheoretischen Orientierung der Regulationstheorie sind vor allem folgende Aspekte zu erwähnen:

- Erstens ist die Regulationstheorie im Vergleich zum VoC-Ansatz gesellschaftstheoretisch anspruchsvoller und stärker fundiert; und zwar in der Form, dass sich der analytische Blick zunächst auf die Dynamik und das Zusammenspiel unterschiedlicher – sozialer, politischer, kultureller etc. – gesellschaftlicher Strukturdimensionen richtet und erst in zweiter Linie auf die institutionellen Arrangements, über die sich die gesellschaftlichen Strukturen reproduzieren oder aber verändern. Im Unterschied zur akteurszentrierten und rationalistischen Orientierung des VoC-Ansatzes geht es der Regulationstheorie dabei – zum Teil sehr explizit – auch um die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die ihrerseits durch politisch-kulturelle und politisch-ideologische (Hegemonie-)Kämpfe in der Zivilgesellschaft diskursiv absichert oder aber in Frage gestellt werden.
- Zweitens liegt den regulationstheoretischen Arbeiten in der Regel ein vom VoC-Ansatz deutlich unterscheidbarer Ökonomie-Begriff zugrunde. Während die Vertreter des VoC-Ansatzes betriebszentriert bzw. mikroökonomisch und gleichgewichtstheoretisch argumentieren, sind die regulationstheoretischen Arbeiten vornehmlich durch eine makroökonomische Perspektive gekennzeichnet, die zum Teil stärker keynesianisch, zum Teil aber auch marxistisch ausgefüllt wird. Letzteres impliziert grundsätzlich die Tendenz, die Produktionsbeziehungen als das Ineinandergreifen unterschiedlicher sozialer und materieller Macht- und Aneignungsverhältnisse zu begreifen. Einige der regulationstheoretischen Arbeiten knüpfen hiermit explizit an Überlegungen von Nicos Poulantzas (1975: 21ff) an, der die konkrete kapitalistische Gesellschaftsformation stets als das Ensemble unterschiedlicher, auch nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die jedoch kapitalistisch dominiert sind, betrachtet hat; und der durch die Annahme eines Primats der Produktionsverhältnisse gegenüber den Produktivkräften den vermeintlich neutralen Charakter technologischer Innovationen in Frage gestellt hat.
- Schließlich zeichnet sich die Regulationstheorie gegenüber dem VoC-Ansatz drittens durch eine doppelte Vergleichsperspektive aus. Während der VoC-Ansatz unterschiedliche Kapitalismusmodelle eigentlich nur im Raum, d.h. im internationalen Vergleich, analysiert, interessieren sich regulationstheoretische Arbeiten darüber hinaus auch für intertemporale Vergleichsaspekte. In der historischen Zeit werden jedenfalls unterschiedliche Kapitalismusmodelle – Fordismus, High-Techkapitalismus oder Finanzmarktkapitalismus – differenziert, die jeweils durch spezifische Muster der kapitalistischen Akkumulation und Regulation geprägt sind. Mit anderen Worten, für die Regulationstheorie sind dem kapitalistischen Entwicklungsprozess nicht nur institutionelle Kontinuitätsmomente eingeschrieben, sondern auch politökonomische Krisen und Umbrüche, die ihrerseits die These von der Abfolge unterschiedlicher kapitalistischer Gesellschaftsformationen begründen.

Insgesamt ist die Regulationstheorie im Vergleich zum VoC-Ansatz umfassender angelegt. Es wäre jedoch vorschnell und einseitig, hierin nur Stärken und Vorteile zu erblicken. Zwei der hiermit verbundenen Probleme sollten jedenfalls erwähnt und nicht einfach übergangen werden:

Das erste Problem ergibt sich unmittelbar aus der eher holistischen Analyseperspektive der Regulationstheorie. Deren zentrale Kategorien sind vor allem darauf zugeschnitten, die charakteristischen Merkmale des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Gesellschaft – einschließlich der darin eingelagerten Macht- und Herrschaftsverhältnisse – aufzuspüren. Sie liefern allerdings nur eine grobe „Anleitung“ dafür, wie das Zusammenspiel der unterschiedlichen Handlungssphären konkret zu erfassen ist. Um einer reduktionistisch-deterministischen Sichtweise der Beziehungen zu entgehen, arbeitet die Regulationstheorie mit den abstrakten Vermittlungskategorien der „Artikulation“ und „Überdetermination“ (vgl. Hall 1989: 19ff; Jessop 1990: 79ff).² Darüber hinausgehend fällt es ihr interaktionstheoretisch ansonsten schwer, die eigenen theoretischen Konzeptionen – akteurs- und handlungsanalytisch – weiter zu operationalisieren.

Etwas anders stellt sich das zweite Problem dar, hinreichend trennscharfe Kriterien für die Existenz spezifischer kapitalistischer Gesellschaftsformationen benennen zu können. Das Grundmuster der regulationstheoretischen Periodisierung ist durchaus plausibel. So lassen sich im historisch-konkreten Zusammenspiel von Akkumulationsregime und Regulationsweise relativ beständige, sich über mehrere Jahrzehnte reproduzierende Charakteristika identifizieren, die in Phasen größerer Krisen oder Umbruchprozesse dann in Frage gestellt werden (vgl. u.a. die Beiträge in Albritton et al. 2001). Oft ist die Identifikation unterschiedlicher historischer Gesellschaftsformationen allerdings erst ex post möglich. Zudem haben sich im Zeitablauf auch die Kriterien verschoben, anhand derer sich die Existenz einer kapitalistischen Formation festmachen lässt. So wurden die Maßstäbe der fordistischen Formation – nationale Entsprechung von Produktions- und Konsumnormen, Zentralität des Lohnverhältnisses, hohes Wirtschaftswachstum etc. – allmählich relativiert, und es machte sich die Auffassung breit, dass die neue Formation des Finanzmarktkapitalismus in stärkerem Maße globalisiert ist, sich durch eine größere Bedeutung der Kapital- und Kreditverhältnisse und durch neuartige Krisenprozesse auszeichnet (vgl. Grahl/Teague 2000; Aglietta et al. 2002).

Beide Probleme verdeutlichen, dass die Regulationstheorie in mehrfacher Hinsicht der Weiterentwicklung und Präzisierung bedarf; und zwar in weitaus stärkerem Maße als der VoC-Ansatz. Dessen Kategorien sind bereits sehr stark auf die empirische Forschung zugeschnitten. Dies gilt insbesondere für die systematisierte Konzeptualisierung unterschiedlicher (politisch-)institutioneller Governance-Formen. Hierdurch können viele Besonderheiten – nicht zuletzt auch die sog. „Grautöne“ – innerhalb der Ensembles der politisch-institutionellen und regulativen Organisation der nationalen Kapitalismusmodelle gut erfasst werden (vgl. Lütz 2006: 20ff). Für die regulationstheoretischen Arbeiten stellt die institutionelle und regulative Governance-Heuristik des VoC-Ansatzes damit einerseits eine Herausforderung dar, andererseits besteht zugleich aber auch die Gelegenheit, die Governance-Heuristik in das

² Der Begriff der „Artikulation“ berücksichtigt die komplexe Einheit der gesellschaftlichen Formation. Er betont die Verkopplung von Akkumulationsregime und Regulationsweise, sieht beide jedoch nicht in einer identischen Beziehung zueinander. Die Merkmale ökonomischer Prozesse müssen sich z.B. in der politischen Arena notgedrungen gebrochen darstellen, da hier zum Teil ganz andere Logiken, Regeln und Kriterien gelten. Während der Begriff der Artikulation primär auf die prozeduralen Übertragungen abhebt, bezieht sich der Begriff der „Überdetermination“ stärker auf die strukturelle Komplementarität der unterschiedlichen Arenen. Die Überdetermination von Akkumulationsregime und Regulationsweise heißt nur so viel, dass sich beide grundlegend konstituieren und – was die Formen und Varianten ihrer Entfaltung und Ausprägung betrifft – gegenseitig einschränken.

eigene Analyse- und Interpretationsraster zu integrieren. Dabei ist freilich nicht nur der kapitalistischen Akkumulationsdynamik, sondern auch dem spezifischen Sozial- und Klassencharakter unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteursgruppen – Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, soziale Bewegungen, NGOs, Parteien etc. – eine größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Vergleich zwischen der Regulationstheorie und dem VoC-Ansatz lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass die regulationstheoretischen Arbeiten zumeist größere Schwierigkeiten haben, die eigenen Analyseketten mit Blick auf die empirische Forschung und Diskussion zu operationalisieren. Zugleich spricht jedoch nur wenig dagegen, aufschlussreiche und empirisch operationalisierbare analytische Konzeptionen – nicht nur des VoC-Ansatzes, sondern auch anderer institutionalistischer und diskurstheoretischer Ansätze – regulationstheoretisch aufzunehmen und zu reformulieren. Diese Option ist vor allem dem weit gefassten – auch strukturanalytischen – Gesellschaftsverständnis der Regulationstheorie geschuldet. Die Aufmerksamkeit, die den gesellschaftsstrukturellen Effekten der kapitalistischen Akkumulation, Produktion und Arbeitsorganisation geschenkt wird, ist vor allem in dreifacher Hinsicht aufschlussreich. Sie macht es erstens möglich, auch die endogenen Faktoren, die den Wandel von Kapitalismusmodellen befördern, in die Analyse mit einzubeziehen und auch die Variante eines sozialen Wandels innerhalb formal unveränderter institutioneller Settings zu denken. Sie erlaubt es zweitens, den sozialen Charakter spezifischer institutioneller Arrangements expliziter zu thematisieren; und sie hält drittens dazu an, die Differenzierung unterschiedlicher Kapitalismusmodelle nicht auf zwei Varianten zu beschränken, sondern – selbst auf den europäischen Raum begrenzt – weiter zu treiben (vgl. Amable 2003).

Trotz dieser prinzipiell vorteilhaften Optionen bleiben einige Schwierigkeiten und Probleme der Regulationstheorie jedoch bestehen. So sind auch die regulationstheoretischen Arbeiten insofern durch einen impliziten Funktionalismus gekennzeichnet, als die Entwicklung der Regulationsweise primär unter dem Aspekt der Stabilisierung des Akkumulationsregimes betrachtet wird. Wie dem VoC-Ansatz eine gleichgewichtstheoretische Orientierung eingeschrieben ist, so gibt es – ungeachtet der Einfügung von Kontingenzmomenten; etwa durch die These, dass es sich bei Gesellschaftsformationen um eine „Fundsache“ handelt – in der Regulationstheorie zumindest eine heimliche Stabilitätsorientierung. Diese ist freilich umso ausgeprägter, je stärker den einzelnen Arbeiten eine sozialtechnologisch-regulative Problemlösungskonzeption zugrunde liegt und kaum mehr danach gefragt wird, wie sich gesellschaftliche Widersprüche, Krisen und Konflikte artikulieren. Doch nicht nur mit Blick auf eine funktionalistische Engführung liegen die Regulationstheorie und der VoC-Ansatz recht eng beieinander. Sie teilen auch das Problem, dass ihre Analyseperspektiven ontologisch durch eine Nationalstaat-Weltmarkt-Dichotomie geprägt sind (vgl. Bieling/Deppe 1996b: 487; oder auch die Beiträge in Brand/Raza 2003), es ihnen also zumindest schwer fällt, die inter- und transnationalen Dynamiken der kapitalistischen Entwicklung, die im Kontext der Globalisierung zweifelsohne an Bedeutung gewonnen haben, theoretisch-konzeptionell zu erfassen.

4. Nationale Entwicklungspfade aus der Perspektive der neo-gramscianischen IPÖ

Ähnlich wie der VoC-Ansatz oder die Regulationstheorie stellt auch die neo-gramscianische IPÖ keine kohärente Theorie im engeren Sinne dar, sondern eher ein Ensemble aufeinander abgestimmter oder zumindest miteinander kombinierbarer Theoriefragmente. Sehr grob lässt sich die neo-gramscianische IPÖ in drei Stränge untergliedern (vgl. Bieling 2009): in die kritisch-realistische Perspektive von Robert Cox; in die transnationale Perspektive der sog. „Amsterdamer Schule“; sowie die konstitutionalistische Perspektive, die vor allem von

Stephen Gill entwickelt wurde. Wie der Name schon sagt, adressiert der Neogramscianismus vornehmlich Fragen der Internationalen und allenfalls nachgelagert auch Fragen der Vergleichenden Politischen Ökonomie. Die neo-gramscianische IPÖ kann demzufolge einige Aspekte in die Diskussion mit einbringen, die vom VoC-Ansatz und der Regulationstheorie weitgehend ausgeklammert werden. Nicht zuletzt die beiden zuletzt genannten Probleme, d.h. der funktionalistische Problemlösungsbias und die Nationalstaat-Weltmarkt-Dichotomie, können mit ihrer Hilfe produktiv bearbeitet werden.

Um den potenziellen Ertrag dieser Bearbeitung ermessen zu können, ist es zunächst jedoch erforderlich, sich der Grundgedanken der neo-gramscianischen IPÖ zu vergewissern. Diese stützt sich prinzipiell zwar auf die Überlegungen vieler Klassiker – zu nennen sind hier unter anderem Karl Marx, Fernand Braudel, Karl Polanyi oder Max Weber –, in besonderem Maße jedoch auf die theoretischen Reflexionen und Kategorien des italienischen Politikers und Philosophen Antonio Gramsci. Einige der von ihm entwickelten Konzeptionen – wie z.B. die der „Hegemonie“, des „historischen Blocks“, der „Zivilgesellschaft“ oder der „passiven Revolution – bilden wichtige Eckpunkte eines Forschungsprogramms, dessen analytische Perspektive vor allem durch folgende (Unterscheidungs-)Merkmale gekennzeichnet ist:

Ein erstes Unterscheidungsmerkmal besteht in dem besonderen Verständnis von inter- oder transnationaler Hegemonie. Im Unterschied zur (neo-)realistischen Diskussion, die Hegemonie und Dominanz als mehr oder minder deckungsgleiche Begriffe verwendet, ist der neo-gramscianische Hegemoniebegriff umfassender, historisch und gesellschaftstheoretisch anspruchsvoller angelegt. So begreift die neo-gramscianische IPÖ Hegemonie als einen konsensual abgestützten Modus transnationaler Vergesellschaftung, einschließlich der Klassenbeziehungen, der ideologischen Verhältnisse sowie der Herrschafts- und Konsensstrukturen. Dies verdeutlicht auch das nachfolgende Zitat von Robert W. Cox (1983: 171f):

„Hegemony at the international level is thus not merely an order among states. It is an order within a world economy with a dominant mode of production which penetrates into all countries and links into other subordinate modes of production. It is also a complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must be all three. World hegemony, furthermore, is expressed in universal norms, institutions and mechanisms which lay down general rules of behavior for states and for those forces of civil society that act across national boundaries – rules which support the dominant mode of production.” (Cox 1983: 171f)

Das Hegemonie-Konzept lässt bereits erkennen, dass ein zweites Unterscheidungsmerkmal der neo-gramscianischen IPÖ in einem besonderen Staatsverständnis besteht. Der Staat bildet danach eine spezifisch institutionalisierte Arena sozialer (Klassen-)Kämpfe (vgl. Cox 1987: 19), deren Operationsweise ihrerseits an gesellschaftliche Macht- und Kräfteverhältnisse und die Strukturen der sozioökonomischen, kulturellen und ideologischen Reproduktion rückgebunden ist. Zwischen den Strukturen der inter- oder transnationalen Hegemonie und dem sozialen Alltagshandeln gibt es eine Vielzahl von Vermittlungsprozessen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Arenen der Zivilgesellschaft. Diese bilden gleichsam das Terrain, auf dem konkurrierende gesellschaftliche Kräfte um Deutungsmacht, d.h. moralische und intellektuelle Führung ringen. Der Zusammenhang zwischen der Regierungspraxis der offiziellen Staatsapparate und deren alltagsweltlicher Legitimation stützt sich in diesem Sinne auch auf die Prozesse der zivilgesellschaftlichen Konsensgenerierung und Kompromissfin-

dung. Um dies zu unterstreichen, spricht die neo-gramscianische IPÖ häufig auch von Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen.

Die Tragfähigkeit von inter- und transnationalen hegemonialen Strukturen ist drittens jedoch nicht nur das Produkt staatlich-zivilgesellschaftlicher Interaktionsprozesse. In gewisser Weise sind die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure selbst noch als das Produkt der gegebenen sozioökonomischen (Re-)Produktionsbedingungen zu begreifen. Mehr noch, die Ausstrahlungsfähigkeit und – partielle – internationale Verallgemeinerbarkeit eines kapitalistischen Entwicklungsmodells gründet sich immer auch auf die den sozioökonomischen (Re-)Produktionsbedingungen eingeschriebenen produktive Potenziale. In der Begrifflichkeit der neo-gramscianischen IPÖ kann ein solches Entwicklungsmodell im nationalen oder transnationalen Rahmen als (trans-)nationaler „historischer Block“ identifiziert werden. Ein solcher Block ist dann gegeben, wenn innerhalb einer historischen Konstellation ein – mehrere nationale Gesellschaftsräume übergreifendes – relativ kohärentes Zusammenspiel von ökonomischer Akkumulation, politisch-institutioneller Regulation und zivilgesellschaftlichen Diskursen erkennbar ist.

Viertens ist die Herausbildung von nationalen oder transnationalen „historischen Blöcken“ insofern kontingent, als dieser Prozess vor allem auf der Fähigkeit sozialer und politischer Akteure beruht, ihre Interessen in der Form allgemein akzeptierter Ideen, Normen, Regeln und Institutionen zu universalisieren. In der neo-gramscianischen IPÖ wird dieser Prozess der Ausbreitung und Verallgemeinerung von Hegemonie oft als „passive Revolution“ beschrieben. Hierunter ist eine „von außen“ und/oder „von oben“ eingeleitete Transformation gesellschaftlicher Strukturen, also um eine Umwälzung zu verstehen, die sich ohne eine wirkliche, „von unten“ realisierte Revolution vollzieht. Im Gegenteil, im Prozess der Verallgemeinerung hegemonialer Strukturen werden die sozialen Kräfte (semi-)peripherer Staaten von „außen“ oder „oben“ entweder – durch materielle Vorteile und Konzessionen sowie über weithin geteilte Leitbilder der gesellschaftlichen Modernisierung und internationalen Regulation – in den transnationalen hegemonialen Block eingebunden oder aber, sofern sie antagonistische Interessen und Projekte verfolgen, materiell und politisch-diskursiv neutralisiert und marginalisiert.

Schließlich besteht ein fünftes Merkmal darin, dass sich die neo-gramscianische IPÖ gerne explizit – und in Abgrenzung von sog. „Problemlösungstheorien“ – als „kritische Theorie“ bezeichnet (vgl. Cox 1981: 128f).³ Ihr geht es vor allem darum, die Widersprüche, die den gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen eingeschrieben sind, zu identifizieren und die Prozesse ihrer gesellschaftspolitischen Artikulation zu betrachten. Von besonderer Bedeutung sind hierbei – ähnlich wie für die Regulationstheorie – gesellschaftliche Krisenprozesse und Phasen des Umbruchs, da diese zumindest die Option der gesellschaftlichen Neuordnung eröffnen. Ob und wie derartige (Hegemonie-)Krisen bearbeitet werden, ob emanzipatorisch, nationalistisch, autoritär-repressiv etc. (vgl. auch Polanyi 1977), ist damit keineswegs gesagt. Krisen markieren jedoch oft Wendepunkte, an denen unterschiedliche Formen der Kritik artikuliert und – unter Berücksichtigung aller Konzessionen an die tradierten politökonomischen, institutionellen und soziokulturellen Gegebenheiten – in der politischen Praxis umgesetzt werden.

³ Dies ist nicht notgedrungen so zu verstehen, dass die sog. „Problemlösungstheorien“ automatisch unkritisch sind, d.h. auf das Merkmal einer Legitimationswissenschaft reduziert werden können. So haben auch viele der sog. „Problemlösungstheorien“ einen kritischen Anspruch. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass sich die Maßstäbe der Kritik zum Teil erheblich unterscheiden.

Die skizzierten Unterscheidungsmerkmale weisen insgesamt darauf hin, dass sich die neo-gramscianische IPÖ deutlich vom VoC-Ansatz, weniger hingegen allerdings von der Regulationstheorie unterscheidet. Im Gegenteil, zwischen der Regulationstheorie und der neo-gramscianischen IPÖ gibt es eine gewisse Wahlverwandtschaft, die in einem ähnlichen Verständnis des Zusammenspiels von Ökonomie, Politik und Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Einige Hinweise mögen dies knapp illustrieren:

- Erstens beruht die kapitalistische Ökonomie in beiden Perspektiven maßgeblich auf sozialen Produktionsbeziehungen, die über ein Ensemble externer Marktbeziehungen miteinander verknüpft sind. Das Besondere an dem Begriff der sozialen Produktionsbeziehungen besteht darin, dass die Ökonomie selbst als ein soziales Kräftefeld, d.h. als ein Terrain der gesellschaftlichen Auseinandersetzung begriffen wird, das auch politischen, institutionellen und kulturellen Einflüssen ausgesetzt und in vielfacher Hinsicht vermachtet ist. In der Analyse der sozialen Produktionsbeziehungen knüpfen einige Vertreter der neo-gramscianischen IPÖ zuweilen an den „Social Structure of Accumulation“-Ansatz – gleichsam der US-amerikanischen Variante der Regulationstheorie – an (vgl. Cox 1987: 11ff u. 309ff), während die Repräsentanten der Regulationstheorie selbst, zumindest dann, wenn sie sich in der Tradition des strukturalen Marxismus verorten, die soziale Vermachtung der Produktion über den Primat der Besitzverhältnisse gegenüber den Eigentumsverhältnissen herleiten können.⁴
- Zweitens gehen sowohl die Regulationstheorie als auch die neo-gramscianische IPÖ davon aus, dass die kapitalistische Entwicklung durch jeweils spezifische – nationale und internationale – Reproduktionsmuster gekennzeichnet ist, die ihrerseits durch Krisen- und Umbruchphasen unterbrochen und in Frage gestellt werden. Die Aufmerksamkeit der Regulationstheorie richtet sich dabei in erster Linie auf die nationalen Entwicklungsmodelle. Die internationalen Kontextbedingungen werden eigentlich nur insofern berücksichtigt, als sie als externe Determinanten die nationalen Modelle stabilisieren oder einem – mehr oder minder großen – Anpassungsdruck aussetzen. Im Fall der neo-gramscianischen IPÖ ist die Gewichtung genau andersherum. Für sie sind die – fortgeschrittenen – nationalen Kapitalismusmodelle nur insofern von Interesse, als sie den Prozess der trans- und internationalen Hegemoniebildung begünstigen.
- Drittens ähneln sich beide Theorieperspektiven auch in der Betrachtung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Deren Charakter ist zwar maßgeblich durch die Widersprüche der kapitalistischen Verwertung im engeren Sinne, also durch die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit bestimmt, erschöpft sich jedoch keineswegs hierin. In diesem Sinne haben auch andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse – etwa zwischen den Geschlechtern oder Ethnien – eine konstitutive Bedeutung; und zwar sowohl für den Prozess der kapitalistischen Akkumulation selbst, da sie auf die Kapital-Arbeit-Beziehungen einwirken, als auch für die Hegemoniekämpfe, da sie sich mit Blick auf konkrete politische Projekte in den Arenen der Zivilgesellschaft jeweils spezifisch artikulieren.

Es sind vor allem diese grundlegenden Gemeinsamkeiten, zumindest komplementären Sichtweisen, die der neo-gramscianischen IPÖ und der Regulationstheorie die Möglichkeit eröff-

⁴ Im Unterschied zu den Eigentumsverhältnissen, die vor allem mit dem kapitalistischen Verwertungsprozess korrespondieren, beziehen sich die Besitzverhältnisse direkter auf den Arbeitsprozess und damit auf die produktions- und arbeitsorganisatorische (manageriale) Verfügungsgewalt, d.h. die betrieblichen Machtverhältnisse und sozialen Hierarchien.

nen, sich wechselseitig zu korrigieren. Dies betrifft nicht nur die erkenntnistheoretische Ebene, auf der die neo-gramscianische IPÖ mit Verweis auf die gesellschaftlichen Widersprüche, Verteilungskonflikte und hegemonialen Kämpfe darauf hinwirken kann, den impliziten Funktionalismus und den Problemlösungsbias einiger regulationstheoretischer Betrachtungen abzuschwächen. Auch auf der ontologischen Ebene liefert die neo-gramscianische IPÖ einige Theoriebausteine bzw. analytische Konzeptionen, mit Hilfe derer die Nationalstaatsfixierung der Regulationstheorie aufgebrochen und überwunden werden kann. Instruktiv ist in diesem Zusammenhang vor allem das Konzept des „transnationalen historischen Blocks“. Dieses unterstellt keineswegs, dass die Vorstellung spezifischer nationaler kapitalistischer Entwicklungsmodelle einfach überholt ist, da diese im internationalen Raum nicht einfach miteinander verschmelzen. Es weist jedoch darauf hin, dass die nationalen Entwicklungsmodelle durch inter- und transnationale Vergesellschaftungselemente – angefangen von Handels-, Produktions- und Kreditbeziehungen über deren institutionelle und rechtliche Gestaltung bis hin zu transnationalen zivilgesellschaftlichen Diskussionen und Kooperationsbeziehungen – überformt und zum Teil wesentlich konstituiert werden (vgl. Beckmann et al. 2003).

Wie die Regulationstheorie durch die neo-gramscianische IPÖ erweitert werden kann, so kann andersherum aber auch die Regulationstheorie dazu beitragen, die transnationale Perspektive der neo-gramscianischen IPÖ länderspezifisch zu differenzieren. Einige Ansatzpunkte gibt es hierfür bereits in den neo-gramscianischen Untersuchungen selbst, wenn etwa Robert Cox (1987: 286ff) zwischen „hyperliberal forms of state“ und „state-capitalist“ Reorganisationsmodellen differenziert, oder wenn Kees van der Pijl (2006: 6ff) zwischen den liberal orientierten Staaten des Locke’schen „heartlands“ und den sog. Hobbes’schen „contender states“ eine grundlegende internationale Spannungs- und Konfliktlinie herausarbeitet. Über diese „Grob-Differenzierung“ hinausgehend könnte das Verständnis der unterschiedlichen Kapitalismusmodelle mit Hilfe der regulationstheoretischen Konzeptionen jedoch in zweifacher Hinsicht analytisch weiter getrieben werden: Zum einen schärft die Konzeption des Akkumulationsregimes den Blick für die makroökonomischen Regelmäßigkeiten – wie auch der Krisenpotenziale – und der hierauf bezogenen wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Regulationsformen; und zum anderen ist die Konzeption der Regulationsweise – vielleicht in Verbindung mit empirisch-operationalisierten VoC-Konzeptionen – geeignet, die institutionellen Spezifika von transnational überformten, letztlich aber auch stets national besonders umgesetzten Reorganisationsprozessen zu erfassen.

Die hier angesprochenen Erweiterungs- und Verknüpfungsmöglichkeiten laufen darauf hinaus, die Konzeptionen der Regulationstheorie – und eventuell auch des VoC-Ansatzes – aus der Perspektive der neo-gramscianischen IPÖ zu reformulieren. Dieses Vorgehen ergibt sich schlicht aus der Tatsache, dass die neo-gramscianische IPÖ die umfassendere Analyseperspektive darstellt, die sich mit Hilfe der anderen theoretischen Reflexionen intern weiter differenzieren lässt. Wichtige Erkenntnisse der Regulationstheorie und des VoC-Ansatzes können auf diese Weise aufgenommen, müssen zum Teil allerdings auch etwas anders interpretiert werden. Ein umgekehrtes Vorgehen stellt sich hingegen problematischer dar. Dies liegt vor allem daran, dass aus der Sicht des VoC-Ansatzes einige der kapitalismustheoretischen Kontextualisierungen entweder seitens der Regulationstheorie oder der neo-gramscianischen IPÖ als nicht besonders hilfreich erscheinen, also die analytischen Konzeptionen letzterer eher verworfen werden müssten.

5. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die bisherigen Erläuterungen sollten deutlich gemacht haben, dass zwischen den unterschiedlichen Konzeptionalisierungen des Kapitalismus – dem VoC-Ansatz, der Regulationstheorie und der neo-gramscianischen IPÖ – zwar vielfältige Berührungspunkte und Schnittmengen existieren, ebenso aber auch gravierende ontologische, epistemologische und – diese wurden nur implizit thematisiert – normative Differenzen. Am größten scheinen die Unterschiede zwischen dem VoC-Ansatz und der neo-gramscianischen IPÖ zu sein. Der VoC-Ansatz hat einen ausschließlich komparativen Fokus, interessiert sich dabei insbesondere für das Zusammenspiel von Märkten, institutionellen Arrangements und Akteursinteressen, arbeitet mithin mit einem rationalistischen Erklärungsansatz und präferiert normativ besonders effiziente und stabile, sich im Gleichgewicht befindende Kapitalismusmodelle. Im Unterschied hierzu ist die neo-gramscianische IPÖ durch eine vornehmlich inter- bzw. transnationale Analyseperspektive gekennzeichnet, deren zentraler Referenzpunkt in der materiellen, diskursiven und institutionellen Reproduktion gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse besteht. Von besonderem Interesse sind nicht nur die Mechanismen der Hegemonieproduktion, sondern auch die Widersprüche, Krisen und Konflikte, durch die die bestehenden Machtverhältnisse von Zeit zu Zeit in Frage gestellt werden. Letzteres weist zugleich darauf hin, dass der neo-gramscianischen IPÖ eine explizit kapitalismuskritische Grundhaltung eingeschrieben ist.

Die unterschiedliche Anlage und Ausrichtung der beiden Theoriestränge erklärt in gewisser Weise den bisherigen Zustand der Nicht-Kommunikation. Hierbei handelt es sich zwar keineswegs um eine unverrückbare Gegebenheit, bislang sind jedoch die Möglichkeiten des – empirisch und theoretisch-konzeptionell orientierten – wissenschaftlichen Austausches nur unzureichend ausgetestet worden. Tatsächlich gibt es einige Möglichkeiten, den Zustand der Nicht-Kommunikation aufzubrechen und zu verändern. Eine Option, die hier skizziert wurde, besteht darin, die Regulationstheorie als ein „Schnittfeld“ oder „Scharnier“ mit Anschlussmöglichkeiten für die beiden anderen Theoriestränge zu benutzen. Dabei zeigt sich freilich, dass die Regulationstheorie keineswegs ein in sich geschlossenes, sondern zum Teil recht disparates Theoriegebäude darstellt. Es lassen sich zumindest zwei Ausrichtungen unterscheiden. Die eine, institutionalistisch-regulative Ausrichtung (vgl. Amable 2003; Boyer 2005), die hier nicht eingehender betrachtet wurde, ist – auch aufgrund ihres ausgeprägten komparativen Fokus – grundsätzlich kompatibel mit dem VoC-Ansatz, weist über diesen aber auch kaum hinaus. Die andere, macht- und herrschaftskritische Ausrichtung ist hingegen gesellschaftstheoretisch ambitionierter und korrespondiert – nicht zuletzt aufgrund einiger gramscianischer Theoriebausteine – stärker mit der neo-gramscianischen IPÖ.

Nun mag die Neigung recht groß sein, die konzeptionellen und empirischen Spannungen, die zwischen den verschiedenen Theoriesträngen oder sogar innerhalb der Regulationstheorie selbst bestehen, vornehmlich oder sogar allein unter dem Gesichtspunkt wechselseitiger Übersetzungs- und Reformulierungsprobleme zu betrachten. Diese Herangehensweise ist sicherlich nicht ganz falsch, birgt letztlich aber die Gefahr, das erkenntnisstimulierende Potenzial einer kontroversen politökonomischen Diskussion zu ersticken. Ebenso wichtig wie die analytische Präzision, Schärfe und Kompatibilität der jeweils verwendeten Kategorien ist es schließlich auch, das – theoretische wie empirische – Irritations- und Reflexionspotenzial konkurrierender wissenschaftlicher Perspektiven zu nutzen, d.h. die wechselseitige Kritik zum Anlass zu nehmen, die jeweils eigene Analyseperspektive weiter zu entwickeln und gegebenenfalls zu korrigieren.

Ein weites Feld, auf dem dies zukünftig erfolgen könnte, besteht in der staatstheoretischen Fundierung und Weiterentwicklung der drei skizzierten Kapitalismustheorien. Offensichtlich

lassen sich in allen drei Perspektiven staats-theoretische Defizite, Lücken oder zumindest Unklarheiten identifizieren. Dies betrifft insbesondere den VoC-Ansatz, der sich auf eine theoretische Konzeptionalisierung des Staates bislang eigentlich nur widerwillig einzulassen scheint (vgl. Hancké et al. 2007: 23f). Im Unterschied hierzu sind staats-theoretische Fragen in der neo-gramscianischen IPÖ – zumindest implizit – allseits präsent, ohne dass hierdurch der Eindruck einer gewissen theoretisch-kategorialen Vagheit und Beliebigkeit bislang jedoch ausgeräumt werden konnte (vgl. Bieling 2009). Am weitesten ist hingegen die staats-theoretische Debatte von Vertretern der Regulationstheorie getrieben worden, die sich dieser Aufgabe bereits recht früh durch die Reaktualisierung der Überlegungen von Nicos Poulantzas (1978) genähert haben (vgl. Hirsch 1990; Jessop 1990).

Diese Herangehensweise war zunächst hilfreich, konnte letztlich aber die Nationalstaatsfixierung der regulationstheoretischen Konzeptionen nur bedingt aufbrechen. Manches spricht zumindest dafür, dass die Analyse der Transformation von Staatlichkeit an einige Überlegungen von Poulantzas zwar anknüpfen kann, zugleich aber über diese hinausweisen sollte. So könnte ein zeitgemäßes Analyseraster politisch-institutioneller Reorganisationsprozesse von einem Verständnis des Staates ausgehen, das von vornherein dessen gesellschaftliche Heteronomie, dessen institutionell-regulative Fragmentierung sowie dessen widersprüchliche diskursiv-legitimatorische Entwicklungsdynamik hervorhebt. Interessante Überlegungen hierzu entstammen nicht zuletzt der post-weberianischen Staatsdiskussion (vgl. u.a. Hobson/Seabroke 2001; Migdal 2001; Migdal/Schlichte 2005). Deren Fokus auf die komplementär-kompetitive, durch vielfältige institutionelle, diskursive und politökonomische Faktoren geprägte interaktive Einbettung des Staatshandelns scheint grundsätzlich mit allen drei Kapitalismustheorien vereinbar zu sein.

6. Literatur

- Aglietta, Michel (2000) [1979]: A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, New Edition, London: Verso.
- Aglietta, Michel et al. (2002): Umbau der Märkte. Akkumulation –Finanzkapital – Soziale Kräfte, Hamburg: VSA.
- Albert, Michel (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a.M.; New York: Campus.
- Albert, Michel (2001): Kapitalismus contra Kapitalismus – zehn Jahre danach; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46(12), 1451-1462.
- Albritton, Robert, Itoh, Makoto/Westra, Richard/Zuege, Alan (Hrsg.) (2001): Phases of Capitalist Development. Booms, Crisis and Globalizations, Houndmills: Palgrave.
- Amable, Bruno (2003): The Diversity of Modern Capitalism, Oxford: Oxford University Press.
- Becker, Uwe (2007): Open systemness and contested reference frames and change. A reformulation of the varieties of capitalism theory; in: Socio-Economic Review 5(34), 261-286.
- Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2003): „Euro-Kapitalismus“: begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption?; in: Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.): „Euro-Kapitalismus“ und globale politische Ökonomie, Hamburg: VSA-Verlag, 7-17.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2006): Neo-Gramscianische Perspektiven; in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. überarbeitete Aufl., Opladen: UTB, 353-379.
- Bieling, Hans-Jürgen (2005): Implikationen der neuen europäischen Ökonomie: Reorganisation oder Desorganisation der Produktions- und Innovationsregime?; in: Prokla 36(3), 325-341.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): Neo-Marxismus: Antonio Gramsci; in: André Brodocz/Gary S. Schaal (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart I, aktualisierte Fassung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 435-466.
- Bieling, Hans-Jürgen (2009): „Integraler Staat“ und Globalisierung; in: Becksteiner, Mario/Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hrsg.): Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg; Berlin: Argument Verlag, i.E.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996a): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie; in: Das Argument 38(5/6), 729-740.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996b): Internationalisierung, Integration und Regulierung; in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske & Budrich, 481-511.
- Boyer, Robert (2005): How and Why Capitalisms Differ; in: Economy and Society 34(4), 509-557.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg.) (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory; in: *Millennium* 10(2), 126-155.
- Cox, Robert W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method; in: *Millennium* 12(2), 162-175.
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York: Columbia University Press.
- Deeg, Richard (2006): Governance and the Nation-State in a Global Era; in: Lütz, Susanne (Hrsg.): Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus, Wiesbaden: VS-Verlag, 57-106.
- Fulcher, James (2007): Kapitalismus, Stuttgart: Philipp Reclam.
- Grahl, John/Teague, Paul (2000): The Regulation School, the employment relation and financialization; in: *Economy and Society* 29(1), 160-178.
- Gramsci, Antonio (1991ff): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Hamburg: Argument-Verlag.
- Hall, Peter (1993): Policy Paradigms, Social Learning and the State; in: *Comparative Politics* 25(3), 275-296.
- Hall, Peter (2006): Stabilität und Wandel in den Spielarten des Kapitalismus; in: Beckert, Jens et al. (Hrsg.): Transformationen des Kapitalismus, Frankfurt a.M.; New York: Campus, 181-204.
- Hall, Peter A./Soskice, David (Hrsg.) (2001a): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press.
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001b): An Introduction to Varieties of Capitalism; in: Hall, Peter/Soskice, David (Hrsg.): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press, 1-68.
- Hall, Peter A./Thelen, Kathleen (2009): Institutional change in varieties of capitalism; in: *Socio-Economic Review* 7(1), 7-34.
- Hall, Stuart (1989): Das „Politische“ und das „Ökonomische“ in der Marxschen Klassentheorie; in: Hall, Stuart: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, Hamburg; Berlin: Argument Verlag, 11-55.
- Hancké, Bob/Rhodes, Martin/Thatcher, Mark (2007): Introduction: Beyond Varieties of Capitalism; in: Hancké, Bob/Rhodes, Martin/Thatcher, Mark (Hrsg.): Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy, Oxford: Oxford University Press, 3-38.
- Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg: VSA.
- Hobson, John M./Seabrooke, Leonard (2001): Reimagining Weber: Constructing International Society and the Social Balance of Power; in: *European Journal of International Relations* 7(2), 239-274.
- Hübner, Kurt (1989): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin: Sigma.

- Jessop, Bob (1990): *State Theory: Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat; in: Demirovic, Alex et al. (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 232-262.
- Kang, Nahee (2006): A Critique of the „Varieties of Capitalism“ Approach, ICCSR Research Paper No. 45, Nottingham: University of Nottingham.
- Kotz, David M. (1990): A Comparative Analysis of the Theory of Regulation and the Social Structure of Accumulation Theory; in: *Science & Society* 54(1), 5-28.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“; in: *Prokla* 15(1), 109-137.
- Lipietz, Alain (1987): *Rebel Sons: The Regulation School*. Interview mit Jane Jenson; in: *French Politics and Society* 5(4), 17-25.
- Lipietz, Alain (1992): *Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology, and Democray*, Cambridge: Polity Press.
- Lütz, Susanne (2006): Governance in der politischen Ökonomie; in: Lütz, Susanne (Hrsg.): *Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus*, Wiesbaden: VS-Verlag, 13-55.
- Migdal, Joel S. (2001): *State in Society: Studying how states and societies transform and constitute one another*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Migdal, Joel S./Schlichte, Klaus (2005): Rethinking the State; in: Klaus Schlichte (Hrsg.): *The Dynamics of States – The Formation and Crises of State Domination*. Aldershot: Ashgate, 1-40.
- Polanyi, Karl (1977) [1944]: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien: Europa Verlag.
- Porter, Michael (1990): *The Competitive Advantage of Nations*, New York: Free Press.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*, Berlin: VSA.
- Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg: VSA.
- Scherrer, Christoph (1988): Der „Social Structure of Accumulation“-Ansatz: Ein Interpretationsmodell des Aufstiegs und Niedergangs der US-Ökonomie; in: *Prokla* 18(4), 131-148.
- Schmidt, Vivien A. (2002): *The Futures of European Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Shonfield, Andrew (1965): *Modern Capitalism*, London: Oxford University Press.
- Van der Pijl, Kees (2006): *Global Rivalries. From the Cold War to Iraq*, London: Pluto Press.
- Zysman, John (1983): *Governments, Markets, and Growth: Financial Systems and the Politics of Industrial Change*, Ithaca: Cornell University Press.